

Antisemitismus und der Ukraine-Krieg

Zivilgesellschaftliches Lagebild

Antisemitismus #09

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**





Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus



Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Nikolas Lelle, Imke Kummer, Lukas Steinbrenner,
Shila Guthmann, Hannah Schulz, Janne Grashoff, Carla Riese

Titelbild: Sandor Szmuto

Gestaltung: Wigwam eG, Berlin

Satz: Anne Prinz, Münster

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier

© Amadeu Antonio Stiftung, 2022

Das Projekt „Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus“ und die vorliegende Publikation wurden durch den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMI dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung.

Zugleich möchten wir all unseren Spender:innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mit tragen.

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben und
den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Einleitung

Das Frühjahr 2022 war geprägt durch den Ukraine-Krieg. Die Covid-19-Schutzmaßnahmen, die sukzessive abgeschafft werden, treten angesichts des Krieges in Europa in den Hintergrund. Das hat auch einen Effekt auf die verschwörungsideologische Szene, die sich zunehmend der Leugnung des Krieges und der Verherrlichung Russlands zuwendet. Die Szene deutet den Ukraine-Krieg in Teilen antisemitisch. Inwiefern und in welchen Formen wir Antisemitismus im Kontext des Ukraine-Kriegs wahrnehmen, dokumentiert dieses Lagebild. Zudem enthält das Lagebild ein Gespräch mit Aron Schuster der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), die in einer Rettungsaktion zusammen mit anderen Organisationen Shoah-Überlebende aus der Ukraine nach Deutschland geholt hat.

Zeitgleich erleben wir eine neue Terrorwelle in Israel, in der bereits mehr als ein dutzend Menschen ermordet und über 150 Israelis verletzt wurden. Hier in Deutschland wird teils mit Schweigen und verzerrter Berichterstattung, teils sogar mit der Glorifizierung des Terrors geantwortet. Auch darum geht es in diesem Lagebild.

Neben diesen aktuellen Entwicklungen, die zu spürbar gestiegenem und spezifischen Formen von Antisemitismus führen, zeigt sich auch ein alltäglicher Antisemitismus, den wir anhand einzelner antisemitischer Vorfälle dokumentieren.

Kernbeobachtungen:

- 1. NS-Relativierungen und Gleichsetzungen:** Der Ukraine-Krieg wird insbesondere in der verschwörungsideologischen Szene antisemitisch gedeutet. So wird beispielsweise die russische Invasion häufig mit der Shoah gleichgesetzt. Gängig ist auch der direkte Vergleich von Wladimir Putin mit Adolf Hitler. Auch russische Politiker:innen instrumentalisieren den Nationalsozialismus zum Zweck der Legitimierung des Krieges. In offiziellen Stellungnahmen wird die Shoah in verschiedenen Ausprägungen relativiert.
- 2. Neue Verbindungen:** Der Antisemitismus des „Querdenken“-Milieus im Kontext der Covid-19-Pandemie bleibt weiterhin sichtbar, wird aber auch mit Motiven des Pro-Putin-Milieus vermischt. So wird der Ukraine-Krieg antisemitisch umgemünzt und in bereits existierende Verschwörungserzählungen eingewoben. Dabei ist auch vermehrt Antiamerikanismus zu beobachten.
- 3. Krieg der Erinnerung:** Der Ukraine-Krieg hat direkte Folgen für die Erinnerung an die Shoah, exemplarisch hierfür ist der Angriff auf Babyn Jar (Kiew) durch russische Raketen und die damit zusammenhängende Missachtung bzw. Verunmöglichung der Erinnerung. Shoah-Überlebende sterben durch russische Angriffe in der Ukraine – und werden, trotz hohen Alters und Pflegebedürftigkeit, zur retraumatisierenden Flucht und Evakuierung gezwungen.
- 4. Bedrohung der Sicherheitslage von Jüdinnen:Juden:** Die antisemitische Terrorwelle im Frühjahr 2022 in Israel führt zu einer direkten Bedrohung von in Deutschland lebenden Jüdinnen:Juden. Teile der antiisraelischen Bewegung sind gewaltbereit und aggressiv, immer wieder kam es im Kontext der israelfeindlichen Demonstrationen zu antisemitischen Ausschreitungen und Angriffen.
- 5. Verherrlichung von Terrorismus:** Die zahlreichen antiisraelischen Demonstrationen, die sich regelmäßig und ohne Konsequenzen wiederholen, wirken als ideologischer Kitt und vereinen verschiedene Milieus. Offener Judenhass auf deutschen Straßen wird dadurch normalisiert und Vernichtungsfantasien Raum gegeben. In Parolen und Transparenten zeigt sich zudem eine Internationalisierung von Terrorverherrlichung.

Inhalt

3 Einleitung

5 Antisemitismus und Ukraine-Krieg

5 NS-Relativierung: Hitler-Putin-Vergleiche

5 Gleichsetzungen: Ukraine und Palästina

6 Neue Verbindungen: Antisemitismus, Corona und Ukraine

7 Exkurs: Antisemitischer Antiamerikanismus

8 Krieg der Erinnerung: Angriff gegen die Shoah-Gedenkstätte Babyn Jar

8 Flucht und Rettung: Shoah-Überlebende aus der Ukraine

10 Antisemitismus gegen Israel: Verherrlichung von Terror

14 Antisemitische Vorfälle in Deutschland

16 Interview: Jüdische Schicksale im Ukraine-Krieg

mit Aron Schuster (ZWST)

21 Anhang

21 Ansprechpartner:innen

Antisemitismus und Ukraine-Krieg

NS-Relativierung: Hitler-Putin-Vergleiche

Im Krieg gegen die Ukraine werden die Gräueltaten des Nationalsozialismus relativiert. Die NS-Relativierungen sind in Russland, in der Ukraine und auch in Deutschland zu beobachten.

In deutschen Kontexten wurde dies insbesondere in der Gleichsetzung und den Vergleichen zwischen Adolf Hitler und Wladimir Putin bzw. dem Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem NS-Vernichtungskrieg deutlich. *Der Spiegel* schrieb über „erstaunliche Parallelen zwischen damals und heute“¹. *Die Zeit* titelte „Was Putin mit Hitler verbindet“², *Die Rheinpfalz* titelte sogar „Putin ist ein zweiter Hitler“³. Auch auf Demonstrationen in Deutschland fand dieses Narrativ Verbreitung, ein Schild auf einer Demonstration am Rosenmontag in Köln etwa zeigte Putin als Hitlerkarikatur. Eine den gleichen Zusammenhang herstellende Karikatur war auch vor der Botschaft der russischen Föderation in Berlin zu sehen. Auch die Formel „Putin = Hitler“ war wiederholt auf Protestschildern zu sehen.

Auch werden die Zerstörungen in der Ukraine mit den Zerstörungen im Nationalsozialismus gleichgesetzt. Ein drastisches Beispiel lieferte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj selbst in seiner Rede im israelischen Parlament: „Hört darauf, was jetzt in Moskau gesagt wird: ‚Endlösung‘, aber jetzt bereits in Bezug auf die ukrainische Frage.“⁴ Die Formulierung suggeriert eine Gleichsetzung mit der Shoah. Der Vergleich zur Shoah wurde u.a. von der israelischen Shoah-Gedenkstätte *Yad Vashem* kritisiert⁵.

Die Gleichsetzungen Putins mit Hitler und des russischen Angriffskriegs mit der industriellen Vernichtung von Jüdinnen:Juden im Nationalsozialismus sind geschichtsverklärend. Die NS-Vernichtungsmaschinerie ist in ihrer Dimension singulär. Hitler-Vergleiche dieser Art sowie sprachliche Anlehnungen an den Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten sind shoah-relativierend und damit antisemitisch.

Der russische Präsident Wladimir Putin instrumentalisierte den NS zur Legitimation des Angriffskriegs („Sonder-Militäroperation“⁶). Er behauptete, die Ukraine verübe im Osten des Landes einen Völkermord an der russischsprachigen Bevölkerung⁷ und er selbst strebe die „Entnazifizierung“ der Ukraine an. Russlands Außenminister Sergej Lawrow verglich Äußerungen europäischer Politiker:innen zum Ukraine-Krieg mit Äußerungen Adolf Hitlers⁸. Mit Blick auf die westlichen Wirtschaftssanktionen sprach er vom „totalen hybriden Krieg“. Lawrow verglich Selenskyj mit Hitler. Er behauptete, auch Hitler habe „jüdisches Blut“⁹ gehabt. Die von der russischen Regierung verwendete Sprache wurde verurteilt. Zum Beispiel schrieb *Yad Vashem* in einer offiziellen Stellungnahme, man verurteile die „komplett falschen“ Vergleiche mit der NS-Ideologie sowie die „Trivialisierung und Verzerrung“ der historischen Fakten der Shoah.¹⁰

Gleichsetzungen: Ukraine und Palästina

Auch in anderen Kontexten wurde der Ukraine-Krieg für die eigene Agenda instrumentalisiert. Pro-palästinensische Aktivist:innen setzten die Invasion der Ukraine in den Sozialen Netzwerken mit dem Nahostkonflikt bzw. dem Umgang Israels mit Palästina gleich. Der Vorwurf lautet: Was den Ukrainer:innen passiert, würden Palästinenser:innen seit Jahrzehnten erleiden. In den Sozialen Netzwerken häuften sich, gerade in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch, Postings und Kommentare, die von einem israelischen Angriffskrieg auf Palästina sprachen oder forderten, den Nahostkonflikt genauso wie das russische Vorgehen als Terror zu bezeichnen und als entsprechend illegitim zu bewerten. „Der eine Russe hat unrechtmäßig Ukraine und die Israelische Nation unrechtmäßig Palestina [sic!] eingenommen“, schrieb etwa ein User¹¹.

Gleichzeitig wurde die fehlende westliche Aufmerksamkeit für die Situation der Palästinenser:innen angemahnt. Während der Krieg in der Ukraine einstimmig und medienwirksam verurteilt werden würde, fehle jegliche Solidarität für den palästinensischen Widerstand gegen

den vermeintlichen Aggressor Israel. Während der Westen das Völkerrecht in der Ukraine verteidige, würde er die Menschenrechtsverletzungen in Palästina aktiv unterstützen.

Diese Erzählung wurde etwa in einem TikTok-Trend¹² aufgegriffen. Bilder aus verschiedenen Kriegsgebieten, etwa aus Jemen, Syrien und auch Palästina, wurden mit einem symbolischen Zuhalten der Augen quittiert. Bei der Einblendung eines Bildes aus der Ukraine erfolgte dann durch Mimik dargestellt der Aufschrei, um die Bestürzung der westlichen Welt auszudrücken. So sollte die unterschiedliche Aufmerksamkeit für bewaffnete Konflikte kritisiert werden. Die Sozialen Netzwerke spielen eine immer größere Rolle in der Verbreitung antisemitischer Ressentiments. Besonders deutlich wurde das im Mai 2021. Die erneute Eskalation im Nahostkonflikt wurde zum Anlass genommen, um Antisemitismus über die Sozialen Medien zu verbreiten. Influencer:innen streuten antisemitische Narrative, sodass insbesondere jüngere Nutzer:innen mit israelbezogenem Antisemitismus in Kontakt kamen.¹³

Vorangetrieben wurde diese Darstellung des Krieges vor allem auch von BDS-Gruppen (steht für: Boycott, Divestment, Sanctions; deutsch: Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen), die in einem Statement von einer westlichen Doppelmoral schrieben, die für Menschen im globalen Süden, vor allem für Palästinenser:innen, schmerzhaft sei: „After all, Israel’s decades-old regime of military occupation, settler-colonialism and apartheid is not only ‚Made in the West‘, but is still armed, funded and shielded from accountability by that same deeply colonial and racist West“¹⁴. In dem Statement werden altbekannte, den Staat Israel delegitimierende Parolen mit scheinbaren Solidaritätsbekundungen für die Ukraine kombiniert, um ihnen dadurch mehr Gewicht zu verleihen. Bei BDS handelt es sich um eine internationale Kampagne ohne feste Organisation, die seit 2005 unter dem Deckmantel des Einsatzes für die Menschenrechte der Palästinenser:innen gegen Jüdinnen:Juden und Israelis agiert.

Von dieser Gleichsetzung der Ukraine und Palästina profitiert weder die ukrainische noch die palästinensische Bevölkerung. Israel ist einer tatsächlichen permanenten existenziellen Bedrohungssituation ausgesetzt und reagiert in der Regel verteidigungspolitisch auf die Angriffe. Zudem versuchte die ukrainische Regierung,

anders als die radikalislamistischen Kräfte im Westjordanland und dem Gazastreifen, eine Eskalation zu vermeiden und erfuhr und erfährt trotzdem Gewalt von russischer Seite. Eine Gleichsetzung ist entsprechend inhaltlich falsch.

Das Lagebild und die sich daraus ableitenden Einschätzungen beziehen sich zwar auf den deutschen Kontext, aber die Gleichsetzung von der Ukraine mit Palästina lässt sich gerade in den Sozialen Netzwerken international beobachten.

Neue Verbindungen: Antisemitismus, Corona und Ukraine

Der Antisemitismus im „Querdenken“-Milieu während der Covid-19-Pandemie ist weiterhin aktuell und tritt in unterschiedlichen Facetten in Erscheinung. Antisemitismus beginnt dort mit der Relativierung des Nationalsozialismus und der Shoah. Ein Beispiel lieferte die prominente Ärztin Dr. Carola Javid-Kistel (Niedersachsen) im Rahmen einer Demonstration vom 08. Januar 2022 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt). Sie behauptete, die Impfkampagne sei der „größte Genozid aller Zeiten“¹⁵. Ein weiteres Beispiel ist das Tragen der „Ungeimpft“-Sterne, gelbe Sterne mit der Aufschrift „ungeimpft“, die optisch an jenen Stern angelehnt sind, den Jüdinnen:Juden in NS-Deutschland ab 1941 tragen mussten.

Im Kontext des Angriffskrieges gegen die Ukraine, werden Motive des „Querdenken“-Milieus mit Motiven des Pro-Putin-Milieus vermischt und angebliche Verbindungen zwischen Covid-19-Pandemie und der Situation in der Ukraine hergestellt. So fand am 03. April 2022 ein Pro-Putin-Autokorso in Berlin statt. Auf dem Auto des Korso-Leiters war ein Schild mit einem „Judenstern“ zu sehen. Die Inschrift des Sterns lautete: „Russe“. Neben dem Schild stand die Frage: „Bald auch wir?“ Im „Querdenken“-Milieu ist die Pro-Putin-Haltung besonders stark. Nicht zuletzt, weil viele Querdenker:innen ihre Informationen aus dem deutschsprachigen *Telegram*-Kanal des russischen Staatssenders *Russia Today* beziehen.¹⁸

Die Covid-19-Pandemie wird mit der Situation in der Ukraine verknüpft, um den antisemitischen Verschwörungsmythos vom „Great Reset“ zu nähren. Der Code "Great Reset" steht hier für eine Verschwörungserzählung, nach der es vermeintliche Weltherrschaftspläne einer mächtigen Finanz- und Politikelite gebe, die hinter der Pandemie stecke und diese für ihre unheilvollen Ziele nutzen würde. Schon im November 2021 veröffentlichte das „Querdenken“-Milieu einen „Neuen Krefelder Appell“¹⁹. Unter den Erstunterzeichner:innen des Appells ist Michael Ballweg, der Gründer der ersten „Querdenker“-Gruppe „Querdenken 711“. Es heißt im Appell, „die gegen Russland und China gerichteten Manöver werden immer aggressiver“. Und: „Aber die Machthaber dieser Welt führen Kriege auch an neuen, andersartigen Fronten. Unter dem Deckmantel der Pandemie-Bekämpfung wird das Leben von Milliarden Menschen gefährdet.“ Das Fazit lautet: „Es sind die gleichen Kräfte, die hinter den verschiedenen Formen von Krieg stehen.“ Im Appell wird deutlich, wer die „Kräfte“ sind: die Amerikaner. Das Ziel sei der „Neustart“, der „Great Reset“. Der Appell ist nicht nur antiamerikanisch, sondern auch strukturell antisemitisch.

Ein weiteres Beispiel für die Integration des Ukraine-Kriegs in die antisemitischen Verschwörungsmythen im Kontext der Covid-19-Pandemie lieferte Björn Höcke (AfD-Fraktionsvorsitzender Thüringen) im Rahmen einer Veranstaltung des AfD-Kreisverbandes Uckermark vom 29. Februar 2022 in Prenzlau (Brandenburg). Höcke nutzte eine Reihe antisemitischer Codes, um die Hintergründe einer angeblichen „Plandemie“²⁰ zu erklären. Er behauptete, „globalistische Eliten“ wollten eine „Neue Weltordnung“, eine „Weltregierung“ schaffen. Der US-amerikanische Jude „George Soros und die anderen Superreichen“ würden „mit ihren Stiftungen“ die Souveränität der Nationalstaaten „unterwandern“. Über die Politiker:innen der Bundesregierung sagte Höcke in antisemitischer Manier: „Diese Menschen, die uns regieren, liebe Freunde, das sind keine deutschen Patrioten, das sind globalistische Sprechpuppen“. Mit Blick auf die Covid-19-Pandemie und den Ukraine-Krieg sagte er: „Das hängt alles miteinander zusammen.“ Diese neue Verbindung ist ein Versuch, den antisemitischen Verschwörungsmythos um den Ukraine-Krieg zu erweitern.

Exkurs: Antisemitischer Antiamerikanismus

Antisemitismus und Antiamerikanismus treten häufig gemeinsam auf bzw. hängen strukturell zusammen. Im Antiamerikanismus werden vermeintlich negative „amerikanische“ Merkmale als Wesenszüge der USA oder der Amerikaner:innen ausgelegt. Antiamerikanismus ist der Versuch einer Weltklärung, bei der systematisch eine unterkomplexe und die eigene Person entlastende Einteilung in Gut und Böse erfolgt. Die USA stehen dabei auf der Seite des Bösen oder stellen das Böse per se dar. Wie „der Jude“ im Antisemitismus sind die USA eine Projektionsfläche für die liberale Moderne und den Kapitalismus.

Antiamerikanismus kann aber auch schlicht eine Umwegkommunikation, ein Vehikel, für nicht salonfähigen, nicht verbalisierbaren Antisemitismus sein. Das drückt sich zum Beispiel in der scheinbar harmlosen Rede von der „Ostküste“ oder der „Wall Street“ aus, um eine amerikanisch-jüdische Kontrolle der Weltwirtschaft anzudeuten. Deutlichere Verbindungen von Antisemitismus und Antiamerikanismus sind Codes wie „Jewnited States“, „JewSA“ oder der Ausdruck „USrael“, die die angeblich jüdische Kontrolle der US-amerikanischen Politik und Wirtschaft meinen und damit eine jüdische Weltverschwörung andeuten. Besonders präsent ist diese Art verschlüsselte Kommunikation in der extremen Rechten. Allerdings ist Antiamerikanismus in der gesamten Gesellschaft verbreitet.

Aufschwung erfuhr der antisemitische Antiamerikanismus etwa in den 2000er-Jahren, als die USA nach den islamistischen Anschlägen auf das World Trade Center vom 11. September 2001 verschiedene Kriege im Irak und in Afghanistan führten. Aktuell ist im Kontext des Ukrainekrieges ein Neu-Aufleben des Antiamerikanismus, vor allem von pro-russischer Seite, zu beobachten.

Das verschwörungsideologische *Compact*-Magazin nimmt in der Verquickung von Covid-19-Pandemie und Ukraine-Krieg eine Vorreiterrolle ein. Das Magazin schrieb: „Während mediale Kriegshetze die Bürger in Atem hält, droht hinter den Kulissen die Durchsetzung der allgemeinen Zwangsimpfung.“²¹ Die Lage in der Ukraine wird als Ablenkungsmanöver und Inszenierung einer mächtigen Elite dargestellt.

Krieg der Erinnerung: Angriff gegen die Shoah- Gedenkstätte Babyn Jar

Auch im Hinblick auf die Erinnerungskultur der Shoah hat der Ukraine-Krieg dramatische Folgen: Babyn Jar, eine Schlucht in der ukrainischen Hauptstadt Kiew, wurde am 01. März 2022 durch russische Raketen und Granaten attackiert.²² In der Schlucht wurden am 29./30. September 1941 mehr als 30.000 Jüdinnen:Juden von den Nazis ermordet. Über den russischen Angriff sagte Natan Sharansky vom *Babyn Yar Holocaust Memorial Centre*, Putins Missbrauch der Shoah zur Legitimierung der Invasion eines demokratischen und souveränen Staates sei „absolut verabscheuungswürdig“. Die Bombardierung von Babyn Jar habe einen symbolischen Charakter.²³ Andriy Yermak aus dem ukrainischen Präsidialamt schrieb via *Twitter*, „diese Barbaren“ töteten die Opfer der Shoah „noch einmal“.²⁴

Auch in Deutschland wurde Kritik an dem Angriff laut. Christoph Heubner vom *Internationalen Auschwitz Komitee* erklärte: „Für Überlebende des Holocaust in aller Welt ist die Beschädigung der Holocaust Gedenkstätte Babyn Jar durch russische Bomben ein weiteres entsetzliches Sinnbild dieses verbrecherischen Krieges. Ihre Gedanken und Gebete sind bei den 10.000 Überlebenden des Holocaust, die in der Ukraine beheimatet sind. Sie werden in diesen bitteren Stunden und Tagen von ihren Traumata eingeholt und müssen erneut um ihr Leben und das ihrer Mitmenschen fürchten.“²⁵ Noch im Oktober 2021 hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Massenmorde von Babyn Jar besucht. In seiner Rede sagte Steinmeier: „Als Deutscher und als deutscher Bundespräsident ist es ein schwerer Weg, hierher,

nach Babyn Jar. Aber zugleich bin ich dankbar, hier zu sein.“²⁶ Und: „Der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg war eine mörderische Barbarei. Millionen fielen ihm zum Opfer. Sie wurden getötet, ermordet, in die Zwangsarbeit versklavt, verschleppt: Menschen, die den Nationalsozialisten nicht als Menschen galten. Hier in der Ukraine sollten ganze Landstriche – so heißt es in den Befehlen – systematisch ‚gesäubert‘ und Kiew dem Erdboden gleichgemacht werden.“

Flucht und Rettung: Shoah-Überlebende aus der Ukraine

Inzwischen sind zehntausende Menschen (Soldat:innen und Zivilist:innen, darunter hunderte Kinder) im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gestorben. Das berichtet die *UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine*²⁷. Das russische Militär hat, wie *Human Rights Watch* im Bericht vom 03. April 2022 schildert, Kriegsverbrechen begangen²⁸. In der Stadt Butscha wurde ein Massaker verübt. Es wurden über 400 Menschen ermordet und unzählige Menschen verschleppt²⁹.

Unter den zehntausenden Menschen, die bereits im Krieg gegen die Ukraine gestorben sind, sind Shoah-Überlebende. So starb der 96-jährige Boris Romantschenko am 18. März 2022 durch einen russischen Bombenangriff in Charkiw³⁰. Im Nationalsozialismus hatte Romantschenko die Konzentrationslager Buchenwald, Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen überlebt. Die *Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora* veröffentlichte eine Stellungnahme zum Tod des Shoah-Überlebenden: „Mit Entsetzen müssen wir vom gewaltsamen Tod von Boris Romantschenko im Krieg in der Ukraine berichten. [...] Der entsetzliche Tod von Boris Romantschenko zeigt, wie bedrohlich der Krieg in der Ukraine auch für die KZ-Überlebenden ist.“³¹ Im Deutschen Bundestag fand ein offizielles Gedenken statt³².

Laut *UN Refugee Agency* sind seit Kriegsbeginn mehr als vier Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet (Stand: 04.04.2022)³³. In Deutschland sind mehr als 300.000 Menschen angekommen (Stand: 05.04.2022)³⁴. Unter den Geflüchteten sind auch Shoah-Überlebende.

Die ehemalige Bundesfamilienministerin Anne Spiegel hatte in einer Rede im Deutschen Bundestag erklärt, sie wolle Shoah-Überlebenden einen „sicheren Hafen“³⁵ in Deutschland bieten. Zur Rettung von Holocaustüberlebenden vor dem Kriegsgeschehen gründete die *Jewish Claims Conference* am 09. März 2022 ein Netzwerk, zu dem unter anderem die *Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.* (ZWST) und das Auswärtige Amt gehören³⁶. Transporte aus der Ukraine und die Unterbringung der Pflegebedürftigen in Deutschland wurden in enger Zusammenarbeit mit dem *Joint Distribution Committee* (JDC) sowie mit Unterstützung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege organisiert. In den Evakuierungen konnten bislang mehr als 70 Shoah-Überlebende gerettet werden³⁷. Insgesamt arbeitet das Netzwerk an der Evakuierung von mehr als 500 Menschen.

Antisemitismus gegen Israel: Verherrlichung von Terror

Abseits der antisemitischen Ausfälle im Kontext des Ukraine-Kriegs sind auch in anderen Feldern antisemitische Tendenzen zu beobachten, die zur Einschätzung der aktuellen Lage gehören. Hierzu zählen insbesondere die Reaktionen im deutschen Kontext auf die Terrorwelle in Israel sowie die Instrumentalisierung der Hanau-Gedenkdemonstrationen im Februar 2022.

Der Staat Israel wird seit 22. März 2022 durch Terroranschläge erschüttert: Seitdem ein mutmaßlicher IS-Sympathisant in der Stadt Beerscheba mehrere Menschen niederstach und eine weitere Person mit seinem Auto überfuhr³⁸, sind in weiteren Terroranschlägen mehr als ein Dutzend Menschen ermordet und mehr als 150 verletzt worden³⁹. Während ein Großteil der deutschen Linken zur antisemitischen Terrorwelle schweigt, solidarisieren sich andere Gruppen mit den Attentätern und stilisieren die Gewaltakte zum legitimen Widerstand gegen die vermeintliche Kolonialmacht.

Im Kontext der Terrorwelle forderten Demonstrant:innen am 31. März 2022 in New York City: „Globalize the Intifada!“. Eine ähnliche Parole konnte man auch in Berlin im Kontext des Hanau-Gedenkens hören. Hier kam es auf zwei Demonstrationen zum Gedenken an das rechtsextreme Attentat in Hanau (Hessen) vom 19. Februar 2020 zu einer Reihe antisemitischer Vorfälle. Es waren Sprechchöre wie „Von Hanau bis nach Gaza – Yallah Intifada“ zu hören⁴⁰. Auf der sogenannten revolutionären ersten Mai Demo in Berlin fand sich ein Banner mit der Aufschrift „Intifada ist unser Klassenkampf“⁴¹. Der arabische Begriff „Intifada“ bezeichnet palästinensische Aufstände gegen Israel. Die Intifadas (1987-1993 und 2000-2005) waren Anschlagsserien auf israelische Zivilist:innen. Sie zielten auf die „Befreiung“ Palästinas und die Vernichtung des israelischen Staates. Mehr als eintausend Israelis starben.

Auf der Demonstration zum Gedenken an den Anschlag in Hanau trugen außerdem Demonstrant:innen palästinensische und auch Samidoun-Fahnen⁴². Samidoun ist der Solidaritätsverein für palästinensische Gefangene und gehört zur antizionistischen Terrororganisation „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP), die von der Europäischen Union 2019 als Terrororganisation eingestuft wurde und auch in Deutschland vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Das Ziel der PFLP ist

die Beseitigung des jüdischen Staates. Der bewaffnete Kampf wird als legitimes Mittel betrachtet. Die PFLP verantwortet Entführungen, Anschläge, Selbstmordattentate und Raketenangriffe. Es traten im Kontext der Demonstrationen zum Gedenken an den Anschlag in Hanau zudem Vertreter:innen von BDS-Gruppen mit Redebeiträgen auf.

An linken Demonstrationen nehmen immer wieder einschlägige Gruppen, wie „Palästina spricht“, sichtbar teil. „Palästina spricht“ präsentiert sich als eine „demokratische und antirassistische Bewegung“⁴³, die sich anti-kapitalistisch und antiimperialistisch gibt. Die Gruppierung ist BDS-nah und fällt immer wieder durch ihren Antisemitismus gegen Israel auf. Antisemitische Banner, Plakate und Parolen haben oft keine Konsequenzen oder werden von den Veranstalter:innen als vermeintliche Einzelfälle dargestellt. Auch der Missbrauch des Hanau-Gedenkens scheint keine Folgen zu haben.

Dabei stellen die Parolen „Globalize the Intifada“ und „Yallah Intifada“ einen positiven Bezug zu Terrorakten gegen die israelische Zivilbevölkerung her und verharmlosen diese. Dadurch werden auch die Opfer der Anschläge verhöhnt. Wer diese Parolen ruft, billigt und fördert antisemitischen Terrorismus. Das Hanau-Gedenken zur Mobilisierung gegen den Staat Israel zu nutzen, ist nicht zuletzt problematisch, weil das Manifest des Hanau-Attentäters ebenfalls den Wunsch einer vollständigen Vernichtung Israels enthielt.

Auch bei den antiisraelischen Demonstrationen, die am 16. und 18. April 2022 in Berlin-Neukölln stattfanden, waren Reaktionen auf die Terrorwelle in Israel zu verzeichnen⁴⁴. Der bewaffnete Widerstand gegen Israel wurde legitimiert und weitere israelfeindliche und antisemitische Parolen, wie „Kindermörder Israel“ und „Israel bringt Kinder um“, gerufen⁴⁵. Die Initiator:innen der Demonstrationen, darunter „Samidoun Deutschland“, warnten in ihrem Protestaufruf wie auch schon im letzten Jahr davor, dass „zionistische kolonialistische Realität zur Normalität“ werde. Demonstrant:innen bewarfen die Polizei mit Pflastersteinen, anwesende Pressevertreter:innen wurden als „Zionistenpresse“ bezeichnet und angegriffen.

Die Gewalt eskalierte weiter auf ähnlichen

Veranstaltungen gegen den Staat Israel am 22. und 23. April 2022 in mehreren deutschen Städten. Auf den ebenfalls von „Samidoun Deutschland“ und „Palästina spricht“ organisierten Kundgebungen in Berlin-Kreuzberg und Neukölln kam es zu diversen antisemitischen und volksverhetzenden Parolen. Skandiert wurde etwa „Intifada bis zum Sieg“⁴⁷, es kam zur Diffamierung Israels als „Apartheidstaat“⁴⁸ sowie zu NS-Relativierungen durch Gleichsetzungen des jüdischen Staates mit dem Nationalsozialismus⁴⁹. Zudem wurde sich in Sprechchören mit Terrororganisationen wie der Hamas sympathisiert. Journalist:innen wurden als „Rassisten“, „Scheiß Juden“ und „Drecksjuden“ beschimpft, sie wurden bedrängt, eingeschüchtert und in mehreren Fällen körperlich angegriffen⁵⁰. Auch gegen die Polizeibeamt:innen erfolgten Steinwürfe und Angriffe mit Pyrotechnik⁵¹.

Unter den Teilnehmer:innen des Protestzuges in Berlin war auch eine Abordnung der Berliner Linksjugend „solid“, die sich im Anschluss – nachdem die Ausschreitungen bekannt wurden – zwar von diesen distanzierte, sich aber weiterhin positiv über die Demonstrationen äußerte⁵².

Auf der antiisraelischen Demonstration in Hannover am 23. April 2022 wurde u.a. „Israel heißt Apartheid“ skandiert, ein jüdischer Gegendemonstrant, der sich am Rande der Kundgebung mit einer Israelfahne zeigte, wurde körperlich angegriffen und am Boden liegend getreten⁵³.

Auch rund um den sogenannten Nakba-Tag am 15. Mai 2022 kam es in zahlreichen deutschen Städten zu antisemitischen Vorfällen. So etwa in Leipzig, wo die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ gerufen und eine Israelfahne verbrannt wurde⁵⁴. Auch bspw. in Frankfurt am Main war diese Parole, die Israels Existenzrecht angreift, zu hören. Zusätzlich wurde Israel als „Kindermörder“⁵⁵ bezeichnet, was an die jahrhundertealte Verschwörungsideologie anknüpft, nach der Jüdinnen:Juden Kinder für rituelle Zwecke töten würden.

Diese Ausschreitungen unterstreichen die Gewaltförmigkeit, Aggressivität und Gewaltbereitschaft dieser antiisraelischen Bewegung. Die Regelmäßigkeit dieser Demonstrationen normalisiert zudem Antisemitismus auf deutschen Straßen. Ausfälle, wie sie auf diesen Veranstaltungen zu beobachten waren, entlarven sehr offensichtlich die sog. „Israelkritik“⁵⁶, unter

deren Deckmantel mobilisiert und offener Hass gegen Jüdinnen:Juden legitimiert und verharmlost wird, als Vorwand. Der Nahostkonflikt wirkt sich entsprechend direkt auf die Sicherheitslage von Jüdinnen:Juden in Deutschland aus.

Israelbezogener Antisemitismus ist in dieser Gewaltförmigkeit jedoch keine Neuheit, hat eine jahrzehntelange Geschichte: Gerade die linke, internationale Palästina-solidarität hat eine gewisse Affinität zum Terrorismus. 2021 zierte eine PFLP-Terroristin das Plakat zur 1. Mai-Demonstration in Berlin. Das Plakat verweist auf die 1970er-Jahre, eine Zeit vor der Ersten Intifada, in der Terroranschläge und Flugzeugentführungen zur „Befreiung“ Israels verübt wurden. Im September 2022 jährt sich das Münchner Olympia-Attentat zum 50. Mal. Damals ermordeten palästinensische Terrorist:innen insgesamt 11 Israelis. Auch in der DDR war israelbezogener Antisemitismus weit verbreitet: In dem sich selbst als antifaschistisch verstehenden Staat wurde Zionismus als Faschismus begriffen und als „imperialistische Vorhut im Nahen Osten und keineswegs eine moderne Demokratie“⁵⁷.

- 1 Der Spiegel (10.03.2022): Der Frieden wird wehtun www.spiegel.de/politik/deutschland/news-sergej-lawrow-russland-ukraine-eu-kriegsangst-matthias-brandt-a-66131230-211c-42a6-a280-ba8668c-56c4a
- 2 Die Zeit (12.03.2022): Was Putin mit Hitler verbindet www.zeit.de/2022/11/wladimir-putin-russland-ukraine-krieg-adolf-hitler-nationalismus
- 3 Die Rheinpfalz (14.03.2022): Daniel Spektor: ‚Putin ist ein zweiter Hitler‘: www.rheinpfalz.de/lokal/speyer_artikel,-daniel-spektor-putin-ist-ein-zweiter-hitler-_arid,5327793.html?reduced=true
- 4 ZDF heute (20.03.2022): Selenskyj zieht Holocaust-Vergleich www.zdf.de/nachrichten/politik/selenskyj-endloesung-ukraine-krieg-russland-100.html
- 5 Jüdische Allgemeine (21.03.2022): ‚Geschichte des Holocaust darf nicht umgeschrieben werden‘ www.juedische-allgemeine.de/israel/zustimmung-und-kritik/
- 6 Tagesschau (24.02.2022): Putin genehmigt Militäreinsatz in Ukraine www.tagesschau.de/ausland/europa/separatisten-ukraine-russland-hilfe-105.html
- 7 Tagesschau (25.02.2022): ‚Entnazifizierung‘ als Vorwand www.tagesschau.de/faktenfinder/russland-propaganda-ukraine-101.html
- 8 DF heute (25.03.2022): Russland wirft Westen Nazi-Methoden vor www.zdf.de/nachrichten/politik/putin-westen-nazis-krieg-russland-100.html
- 9 Jüdische Allgemeine (03.05.2022): Israels Kritik an Lawrows Hitler-Vergleich zurückgewiesen www.juedische-allgemeine.de/politik/kritik-an-lawrows-nazi-vergleich/
- 10 Yad Vashem (27.02.2022): Yad Vashem Statement Regarding the Russian Invasion of Ukraine www.yadvashem.org/press-release/27-february-2022-14-25.html
- 11 Tweet vom 09.04.2022 <https://twitter.com/TaleiTaregh/status/1512628658720198658>
- 12 TikTok vom 17.03.2022 www.tiktok.com/@yasminalxsandro/video/7076138589502901509?is_from_webapp=1&sender_device=pc&web_id=7071142602725541377
- 13 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (2021): de:hate report #3: Antisemitismus in der Popkultur: Israelfeindschaft auf Instagram, TikTok und in Gaming-Communitys: www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/211124_aas_dehate_3_antisemitismus.pdf und Amadeu Antonio Stiftung (2021): Antisemitism in the Digital Age: www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/10/antisemitism-in-the-digital-age.pdf
- 14 BDS Movement (15.03.2022): West’s Response to Russian Invasion Demolishes Excuses for Rejecting BDS against Apartheid Israel <https://bdsmovement.net/Hypocrisy>
- 15 Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (08.01.2022): ‚Der größte Genozid aller Zeiten‘: Holocaustrelativierung bei Corona-Protest in Magdeburg www.jfda.de/post/holocaustrelativierung-in-magdeburg
- 16 Belltower.News (19.05.2020): Warum ist es antisemitisch, wenn sich „Impfgegner*innen“ einen Davidstern mit „Ungeimpft“ an die Brust stecken? www.belltower.news/erklaert-warum-ist-es-antisemitisch-wenn-sich-impfgegnerinnen-einen-davidstern-mit-ungeimpft-an-die-brust-stecken-99575
- 17 Tweet vom 03.04.2022 <https://twitter.com/FriedensWatch/status/1510632110423515142>
- 18 CeMAS (18.03.2022): Telegram-Analyse zum Ukraine-Krieg: RT DE dominant im verschwörungsideologischen Milieu <https://cemas.io/blog/telegram-rt-ukraine/>
- 19 Neuer Krefelder Appell (2021): Den Kriegstreibern in den Arm fallen <https://peaceappeal21.de/>
- 20 Tweet vom 30.03.2022: https://twitter.com/JFDA_eV/status/1509158087445434370
- 21 Compact-Magazin (04.03.2022): Hinter der Kriegskulisse: Beschießt Bundestag bald Impfpflicht? www.compact-online.de/hinter-der-kriegskulisse-beschiesst-bundestag-bald-impfpflicht/
- 22 Jüdische Allgemeine (01.03.2022): Russischer Raketenangriff: Schoa-Gedenkstätte Babyn Jar beschädigt www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/russland-bombardiert-holocaust-gedenkstaette-in-kiew/
- 23 Babyn Yar Holocaust Memorial (01.03.2022): RUSSIAN FORCES STRIKE BABYN YAR HOLOCAUST MEMORIAL SITE <https://babynyar.org/en/news/496/rosiiski-viiska-nanesly-udar-po-memorialu-holokostu-u-babynomu-yaru>
- 24 Tweet vom 01.03.2022 https://twitter.com/AndriyYermak/status/1498683936574222344?ref_src=
- 25 Internationales Auschwitz Komitee (02.03.2022): Beschädigung der Holocaust Gedenkstätte Babyn Jar www.auschwitz.info/de/presse/pressemitteilungen/presseinfo-einzeln/lesen/beschaedigung-der-holocaust-gedenkstaette-babyn-jar-2567.html
- 26 Der Bundespräsident (06.10.2021): Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Massenmorde von Babyn Jar www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/10/211006-Ukraine-Babyn-Jar.html
- 27 UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine (2022): Overview www.ohchr.org/en/countries/ukraine
- 28 Human Rights Watch (03.04.2022): Ukraine: Apparent War Crimes in

Russia-Controlled Areas www.hrw.org/news/2022/04/03/ukraine-apparent-war-crimes-russia-controlled-areas

29 Der Tagesspiegel (03.04.2022): Was über das Massaker in Butscha bekannt ist www.tagesspiegel.de/politik/hunderte-leichen-entdeckt-was-ueber-das-massaker-in-butscha-bekannt-ist/28223502.html

30 Tagesschau (21.03.2022): KZ-Überlebender in Charkiw getötet www.tagesschau.de/ausland/europa/romantschenko-buchenwald-charkiw-101.html

31 Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (21.03.2022): Boris Romantschenko getötet www.buchenwald.de/47/date/2022/03/21/boris-romantschenko-getoetet/

32 Deutscher Bundestag (22.03.2022): Stenografischer Bericht 23. Sitzung, Plenarprotokoll 20/23 <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20023.pdf>

33 UN Refugee Agency (04.04.2022): Ukraine Refugee Situation <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine>

34 Mediendienst Integration (05.04.2022): Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html>

35 Deutscher Bundestag (25.03.2022): Stenografischer Bericht 26. Sitzung, Plenarprotokoll 20/26 <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20026.pdf>

36 Jüdische Allgemeine (28.03.2022): Holocaust-Überlebende treffen in Deutschland ein. www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/holocaust-ueberlebende-treffen-in-deutschland-ein/

37 Tagesschau (29.03.2022): Zweite Rettung für Holocaust-Überlebende www.tagesschau.de/ausland/europa/holocaust-ueberlebende-ukraine-101.html

38 Tagesschau (23.03.2022): Angreifer tötet vier Menschen www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-angriff-tote-101.html

39 ORF (15.04.2022): Neue Welle der Gewalt überrollt Israel. <https://orf.at/stories/3260113/>

40 Twitter-Post vom 19.02.2022 <https://twitter.com/RubenGerczi/status/1495135084063735810>

41 Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (02.05.2022) www.jfda.de/post/intifada-ist-unser-klassenkampf

42 Twitter-Post vom 19.02.2022 <https://twitter.com/FriedensWatch/status/1495088848661102594>

43 Palästina spricht (2022): Über uns www.palaestinaspricht.de/ueber-uns

44 Twitter-Post vom 20.04.2022 https://twitter.com/JFDA_eV/status/1516707405727518721?s=20&t=uNtjff7MEv6Oe8HHSuhrvg

45 Twitter-Post vom 18.04.2022 <https://twitter.com/FriedensWatch/status/1516111911309516818>

46 Samidoun (14.04.2022): Berlin, Frankfurt, Aachen: Internationaler Tag der palästinensischen Gefangenen <https://samidoun.net/de/2022/04/berlin-frankfurt-aachen-internationaler-tag-der-palaestinensischen-gefangenen>

47 Twitter-Post vom 23.04.2022 https://twitter.com/glr_berlin/status/1517881395254865921

48 Twitter-Post vom 23.04.2022 https://twitter.com/JFDA_eV/status/1517877567226851328

49 Twitter-Post vom 24.04.2022 <https://twitter.com/RubenGerczi/status/1518127789509074944>

50 Twitter-Post vom 23.04.2022 https://twitter.com/democ_de/status/1517900273456459779

[status/1517900273456459779](https://twitter.com/democ_de/status/1517900273456459779)

51 Tagesspiegel (24.04.2022): Propalästinensische Demonstration in Berlin. Ermittlungen wegen Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/pro-palaestinensische-demonstration-in-berlin-ermittlungen-wegen-landfriedensbruch-gefaehrlicher-koerperverletzung-und-volksverhetzung/28273926.html>

52 Twitter-Post vom 23.04.2022 <https://twitter.com/solidnordberlin/status/1517915537682092033>

53 Facebook-Post vom 23.04.2022 <https://www.facebook.com/1083581744/videos/535754764799021>

54 Leipziger Zeitung (14.05.2022) <https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2022/05/200-menschen-beteiligen-sich-an-anti-israel-demo-in-leipzig-video-449554>

55 Twitter-Post vom 14.05.2022 https://twitter.com/JFDA_eV/status/1525497478451273728

56 Die Markierung der eigenen Position als „Israelkritik“ verweist schon auf einen doppelten Standard, da es keine vergleichbare „Frankreichkritik“ oder „Österreichkritik“ gibt. Meist tarnt sie die eigene Position als kritische Haltung, bezieht aber nur traditionelle antisemitische Klischees auf Israel.

57 Kahane, Anetta (November 2011): Antisemitismus in der DDR - „Das hat's bei uns nicht gegeben!“ <https://www.yadvashem.org/de/education/newsletter/3/antisemitism-in-ddr.html>

Antisemitische Vorfälle in Deutschland

Antisemitismus ist ein bundesweites Phänomen und hat viele Erscheinungs- und Ausdrucksformen. Es folgt eine exemplarische Zusammenstellung antisemitischer Vorfälle in Deutschland, um den alltäglichen Antisemitismus sichtbar zu machen. Antisemitische Vorfälle im ersten Quartal 2022 reichen vom Anbringen antisemitischer Schmierereien an öffentlichen Gebäuden, dem Einritzen von Hakenkreuzen in Gedenkstätten, shoa-relativierenden Reden auf Demonstrationen, Hetzkommentaren mit Mordaufrufen in Telegram-Chatgruppen bis zur Bedrohung öffentlicher Personen. Auch die im Folgenden beispielhaft ausgewählten, ausführlich geschilderten Fälle haben sich von Januar bis April 2022 ereignet. Eine chronologische Abbildung antisemitischer Vorfälle ist der [Chronik antisemitischer Vorfälle](#) zu entnehmen.

14.01.2022 | München (Bayern)

Auf die vereisten Front- und Heckscheiben des Autos eines 32-jährigen Juden aus München wurden in der Nacht ein Hakenkreuz und Parolen wie „Judenschweine“ und „Verpisst Euch“ geritzt⁵⁸.

09./10.03.2022 | Berlin

Eine 54-jährige Touristin aus Israel wurde am 09. März im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf angegriffen. Der Täter schlug der Frau – vermutlich, weil sie mit dem Ehemann hebräisch sprach – mit der Faust ins Gesicht. Die Frau erlitt einen Nasenbeinbruch⁵⁹. Am 10. März wurde ein 32-jähriger Jude aus Großbritannien in einem Hostel im Bezirk Pankow angegriffen⁶⁰. Der Täter schlug die Kippa vom Kopf und trampelte auf der Kippa herum. Er schlug dem Briten mehrfach ins Gesicht und forderte ihn auf, „Free Palestine!“ zu sagen.

18.03.2022 | Frankfurt am Main (Hessen)

In die Haustür des jüdischen Oberbürgermeisters Peter Feldmann wurde ein Hakenkreuz geritzt⁶². Der Täter wird im „Querdenken“-Milieu vermutet, denn das Milieu hat in der Vergangenheit bereits zu „Spaziergängen“ vor seinem Wohnhaus aufgerufen. Das Hakenkreuz ist eine antisemitische Drohung und, indem das Handeln des Oberbürgermeisters in der Covid-19-Pandemie mit den NS-Verbrechen gleichgesetzt wird, eine Relativierung des Nationalsozialismus.

26.03.2022 | Sinsheim (Baden-Württemberg)

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft der Männer absolvierte ein Test-Länderspiel gegen Israel. Im Spielverlauf zeigte ein 28-jähriger Mann den „Hitlergruß“⁶³. Er erhielt eine Strafanzeige. Im Kontext des Spiels wurden in den Sozialen Netzwerken (v.a. Instagram) eine Vielzahl antisemitischer Kommentare verbreitet⁶⁴. Ein User schrieb unter einen Beitrag des *Deutschen Fußball-Bundes* (DFB): „The Final Solution“. Weitere User:innen schrieben z.B. „Wie in alten Zeiten werden wir immer über den Juden stehen“ und „Juden bleiben in Deutschland lebende kleine Insekten“. Der DFB unterließ das schnelle Löschen der antisemitischen Kommentare.

58 Süddeutsche Zeitung (17.01.2022): Antisemitische Schmierereien am Auto ↗ www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-polizei-antisemitismus-ermittlungen-1.5509294

59 Berliner Zeitung (09.03.2022): Israelin in Berlin verprügelt ↗ www.bz-berlin.de/berlin/israelin-in-berlin-verpruegelt

60 Jüdische Allgemeine (10.03.2022): Kippa vom Kopf geschlagen ↗ www.juedische-allgemeine.de/politik/kippa-vom-kopf-geschlagen

61 Tweet vom 12.03.2022 ↗ <https://twitter.com/JuliaStallinger/status/1502902660126679043>

62 Journal Frankfurt (18.03.2022): Hakenkreuz an OB Feldmanns Haustüre geritzt ↗ www.journal-frankfurt.de/journal_news/Gesellschaft-2/Taeter-unbekannt-Hakenkreuz-an-OB-Feldmanns-Haustuer-geritzt-38881.html

63 Sportschau (27.03.2022): Polizei ermittelt: Hitlergruß während Deutschland-Spiel gegen Israel ↗ www.sportschau.de/newsticker/dpa-polizei-mann-zeigt-hitlergruss-waehrend-spiel-gegen-israel-story100.html

64 Tweet vom 27.03.2022 ↗ <https://twitter.com/TomGeisberger/status/1507674928199393290>

„Viele Personen, die wir evakuiert haben, haben mehr als 70 Jahre, nachdem sie von Deutschland aus Richtung Osten vertrieben oder verfolgt wurden, die Flucht zurück angetreten und fliehen in das Land der Täter. Das ist für viele Überlebende ein ambivalentes Verhältnis.“

Evakuierungen von Shoah-Überlebenden nach Deutschland



Aron Schuster, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

© Uwe Steinert

Interview mit Aron Schuster

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Mit einem Hilfsnetzwerk organisiert Aron Schuster (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) Evakuierungen von Shoah-Überlebenden aus der Ukraine nach Deutschland. Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus sprachen mit ihm über die Betroffenheit der jüdischen Bevölkerung im Ukraine-Krieg, die Herausforderungen der Evakuierungen und die Aufnahme der Shoah-Überlebenden im Land der Täter:innen.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus: Am 24. Februar 2022 begann der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Inwiefern beschäftigt dieser Krieg die jüdischen Gemeinden in Deutschland besonders?

Aron Schuster: Der Krieg in der Ukraine geht der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland sehr nahe. 45% der Jüdinnen und Juden in Deutschland haben ukrainische Wurzeln, wodurch es zahlreiche familiäre und freundschaftliche Beziehungen in die Ukraine gibt.

Trotz dieser Tatsache, dass eben ein großer Teil der ukrainischen Bevölkerung jüdisch ist, beobachten wir, dass die Betroffenheit der jüdischen Bevölkerung in den Debatten um den Krieg ziemlich unsichtbar ist. Wie nehmen Sie das wahr?

Mein persönlicher Eindruck ist ein anderer, nämlich, dass sich die jüdischen Schicksale in diesem Krieg und dabei insbesondere die Überlebensgeschichten von Shoah-Überlebenden schon auch in der öffentlichen Wahrnehmung wiederfinden. Man schätzt etwa, dass der Anteil von Shoah-Überlebenden

in der ukrainischen Gesamtbevölkerung bei 0,7% liegt. Das ist ein geringer Anteil und trotzdem werden diese jüdischen Perspektiven durchaus abgebildet.

Als ukrainische Geflüchtete Deutschland in Deutschland aufgenommen wurden, gab es Debatten um die Haltung der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Dabei wurde immer wieder beanstandet, dass ukrainische Geflüchtete im Vergleich zu BPoC offener aufgenommen würden, weil sie weiß und christlich seien. Jüdische Aktivist:innen haben darauf hingewiesen, dass sich unter den Geflüchteten auch viele jüdische Ukrainer:innen befinden, die durch diese Lesart unsichtbar gemacht werden.

Meinem Eindruck nach hat die Berichterstattung einen guten Job gemacht. Vor allem die Aufnahme von jüdischen Waisenkindern hat in der Medienlandschaft wirklich breite Aufmerksamkeit und Rezeption erfahren. Zwar sehe ich die Art und Weise der Berichterstattung kritisch, da ich mir eine sensiblere Umgangsweise mit der hohen Schutzbedürftigkeit minderjähriger, unbegleiteter Geflüchteter gewünscht hätte. Aber mein Eindruck war, dass gerade bei jüdischen Geflüchteten wahrgenommen wurde, dass es sich um höchstschutzbedürftige Personen handelt. Der mediale Fokus lag auf jüdischen Waisenkindern und pflegebedürftigen Shoah-Überlebenden.

Sehen Sie auch Versäumnisse?

Ich sehe einen Nachholbedarf in der Berichterstattung über die lange Geschichte jüdischen Lebens in der Ukraine. Es geht unter, wie wichtig diese Geschichte ist. Ich denke da an den Chassidismus, der einen Großteil seiner Wurzeln in der Ukraine hat. Das ist sicherlich ein Gegenstand, der bisher wenig Beachtung findet. Da würde ich mir wünschen, dass die historischen Bezüge stärker dargestellt werden.

Sprechen wir über die Shoah-Überlebenden. Können Sie eine grobe Einschätzung geben, wie viele Shoah-Überlebende vom Krieg in der Ukraine betroffen sind.

Es gibt Zahlen der Jewish Claims Conference, denen zufolge sich rund 10.000 Shoah-Überlebende in der Ukraine befinden. Darunter sind 63% Frauen. Mehr als 6.000 Personen davon erfahren fortlaufend häusliche Pflege. Darunter sind wiederum 500 bis 600

schwerstpflegebedürftige Personen. Die Gruppe der schwerstpflegebedürftigen Personen war diejenige, die wir bei den ersten Evakuierungsaktionen besonders im Fokus hatten. Bei ihnen haben wir eine besondere Not gesehen, weil sie zum Teil in ihren Häusern gefangen waren. Die Evakuierungen waren für sie die letzte Möglichkeit, dem Kriegsgeschehen zu entfliehen.

Sie schildern, dass es sich um eine hoch vulnerable Gruppe von Personen handelt. Inwiefern spielt Retraumatisierung unter den Shoah-Überlebenden eine Rolle?

Retraumatisierungen spielen definitiv eine große Rolle. Unter den Shoah-Überlebenden in der Ukraine sind sehr viele Menschen, die nicht evakuierungsbereit sind. Die Herausforderung, nochmal die Flucht zu ergreifen, ruft sicherlich bei vielen Retraumatisierungen hervor und ist ein Grund dafür, warum die Evakuierungsbereitschaft deutlich geringer ist als die Zahl der Shoah-Überlebenden in der Ukraine. Retraumatisierungen zeigen sich auch, wenn Shoah-Überlebende Situationen schildern, in denen sie Parallelen zu den 1930er und 40er Jahren aufzeigen: etwa versteckt leben zu müssen oder in Kellern auszuharren. Für uns verwehrt sich ein solcher Vergleich, aber Shoah-Überlebende erkennen in ihrer eigenen Biografie durchaus Parallelen des Überlebens.

Wie nehmen die Shoah-Überlebenden ihre Ankunft in Deutschland wahr? Die ehemalige Bundesfamilienministerin Anne Spiegel hat in dem Zusammenhang von Deutschland als „sicherem Hafen“ gesprochen. Gleichzeitig haben die Überlebenden Deutschland als Ort des Grauens und Land der Täter:innen erlebt.

Viele Personen, die wir evakuiert haben, haben mehr als 70 Jahre, nachdem sie von Deutschland aus Richtung Osten vertrieben oder verfolgt wurden, die Flucht zurück angetreten und fliehen jetzt in das Land der Täter. Das ist für viele Überlebende ein ambivalentes Verhältnis. Bei den Gesprächen, die ich mit Überlebenden geführt habe, überwiegt aber die Dankbarkeit darüber, in Sicherheit zu sein. Mich beeindruckt, dass fast alle Überlebenden trotz ihres hohen Alters sagen, dass sie schnellstmöglich wieder zurückkehren wollen in ihr Heimatland.

Sie haben zusammen mit anderen Organisationen ein Hilfsnetzwerk gegründet, das Shoah-Überlebende aus der Ukraine rettet und nach Deutschland bringt. Wie kam es zu der Idee, das Hilfsnetzwerk zu gründen?

Zunächst einmal ist es wichtig zu berücksichtigen, dass Menschen in der Ukraine selten in vollstationären Altenhilfen, sondern eher zu Hause gepflegt werden. Die Jewish Claims Conference, die Entschädigungsleistungen an die Überlebenden auszahlt und deren häusliche Pflege finanziert, hat sehr schnell realisiert, dass dieses System der häuslichen Pflege nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten ist und dass ein Bedarf besteht, diese Menschen zu evakuieren. Wir selber als ZWST haben in den letzten Wochen auch intensiv Menschen vor allem aus Moldawien nach Deutschland evakuiert. Das ist eine sehr strapaziöse Reise in Evakuierungsbussen. Es dauert mehr als zwei Tage, bis man dann von Moldawien über Rumänien bis nach Deutschland kommt.

Warum Moldawien?

Moldawien ist das ärmste Land Europas und hat schnell signalisiert, dass es mit der Aufnahme der vielen Geflüchteten aus der Ukraine überfordert ist. Unsere jüdischen Partnerorganisationen haben uns mitgeteilt, dass in Moldawien und gerade in der Hauptstadt Chişinău wirklich katastrophale Zustände herrschen. Dazu kommt, dass Moldawien deutlich weiter entfernt und nicht regulär über das internationale Flugnetz zu erreichen ist. Es fehlt zudem an der logistischen Struktur, die es in anderen ukrainischen Nachbarländern wie Ungarn oder Polen gibt. In Moldawien war man darauf angewiesen, dass Busse organisiert werden, die die Menschen nach Westeuropa bringen.

Wie liefen diese Evakuierungen aus Moldawien ab?

Uns war schnell klar, dass diese Art der Evakuierung für pflegebedürftige Menschen nicht infrage kommt. In den Reisebussen waren vereinzelt hochbetagte, nicht mehr mobile Personen, die an die Grenzen ihrer gesundheitlichen Kräfte in Deutschland ankamen. Es brauchte andere Wege, um diese schwerstpflegebedürftigen Menschen nach Deutschland zu evakuieren. Mit der Unterstützung der Jewish Claims Conference, Hilfsorganisationen in der Ukraine, aber auch dem Roten Kreuz konnten wir einen Prozess aufbauen,

pflegebedürftige Überlebende direkt aus der Ukraine in Einzeltransporten mit Ambulanzen nach Deutschland zu bringen.

Mit welchen Herausforderungen waren Sie bei den Evakuierungen konfrontiert?

Gerade in den Anfangszeiten kam es an den Grenzübergängen von der Ukraine nach Polen immer wieder zu Problemen, weil die Ambulanzen teils von Männern im wehrfähigen Alter gefahren wurden und diese nicht die Ukraine verlassen durften. Da waren und sind wir mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Zum Teil müssen Personen an der polnisch-ukrainischen Grenze noch einmal auf Ambulanzen des Deutschen Roten Kreuzes umgelagert werden.

Welche Rolle spielt bei den Evakuierungen die Politik?

Wir stehen im engen Austausch mit der Bundesregierung. Gerade das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sehr früh interministerielle Austauschformate implementiert, die bis heute auch wöchentlich zusammenkommen. Dort sind Vertreter des Auswärtigen Amtes, aus dem Bundeskanzleramt, aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, aus dem Bundesministerium für Gesundheit, die dann zusammen mit der Jewish Claims Conference, mit der ZWST, aber auch mit den weiteren Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege regelmäßig zusammenkommen, um die Herausforderungen der Evakuierungen miteinander zu erörtern. Wir sind vielerorts auf diese politische Unterstützung angewiesen.

Wo genau brauchen Sie die Unterstützung der Politik?

Beispielsweise kümmert sich das Auswärtige Amt um Kontakte zu Auslandsvertretungen in Polen. Vor allem aber brauchen die vollstationären Einrichtungen der Altenhilfe Handlungsspielraum bei der Unterbringung von Überlebenden. Wir haben in Deutschland hohe Standards in der Altenhilfe, die oft verbunden sind mit einem eng bemessenen Betreuungsschlüssel. Uns melden Einrichtungen, dass sie politische Unterstützung benötigen, weil zwischenzeitlich Not- oder Gästezimmer belegt werden müssen. Hier muss den Einrichtungen mehr Flexibilität eingeräumt werden. Ein anderes Thema ist der Königsteiner Schlüssel, der

die Verteilung von Geflüchteten in Deutschland regulieren soll. Uns war es wichtig, dass hochschutzbedürftige Personen, wie Überlebende, nach ihrer Ankunft in einer Einrichtung nicht noch einmal innerhalb von Deutschland transportiert werden müssen, weil der Königsteiner Schlüssel es besagt. An diesen Stellen brauchen wir immer wieder politische Unterstützung und daher haben wir dieses Netzwerk gebildet.

Wie bringen Sie die Überlebenden in Deutschland unter?

Es gibt in Deutschland acht vollstationäre Einrichtungen in jüdischer Trägerschaft: in München, Nürnberg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Berlin und Hannover. Bis heute gibt es nur eine so geringe Zahl an jüdischen Altenzentren in Deutschland, weil jüdisches Leben nach 1945 so gut wie ausgelöscht war. Die Kapazitäten in unseren jüdischen Einrichtungen war natürlich sehr schnell ausgeschöpft und wir waren sehr schnell darauf angewiesen, dass uns nichtjüdische Einrichtungen der Partnerverbände der Freien Wohlfahrtspflege unterstützen. Die fünf weiteren Spitzenverbände Caritas, Diakonie, DAK, AWO und der Paritätische Gesamtverband haben uns Einrichtungen vermittelt, die Überlebende aufgenommen haben.

Haben Sie Kriterien für die Einrichtungen definiert, in denen Shoah-Überlebende untergebracht wurden?

Uns sind zwei Dinge wichtig: Zum einen müssen es Einrichtungen sein, die sich in einem Einzugsgebiet einer größeren jüdischen Gemeinde befinden, damit die Anbindung an jüdische Strukturen gewährleistet werden kann. Zum anderen muss es in den Einrichtungen russisch- beziehungsweise ukrainisch-sprachiges Personal geben. Angesichts dieser zwei Kriterien wird die Auswahl an Einrichtungen immer kleiner und begrenzter. Aber bis heute ist es uns immer gelungen, Plätze für die Überlebenden zu finden.

Wie wurden die Überlebenden in den Einrichtungen aufgenommen?

Es hat mich tief beeindruckt, mit welchem Engagement und welcher Einsatzbereitschaft die Einrichtungsleitungen in der ganzen Bundesrepublik sich der Shoah-Überlebenden annehmen. Das ist wirklich bemerkenswert. Man darf nicht vergessen, dass die Altenhilfe in

der Corona-Pandemie extrem herausgefordert war. Zu sehen, mit welcher Zuneigung die Menschen in den Einrichtungen betreut und begleitet werden, hat mich wirklich bewegt. Mir begegnet aber immer wieder eine spezielle Vorstellung von Shoah-Überlebenden, die deutsche Mehrheitsgesellschaft hat bei Shoah-Überlebenden immer Auschwitz-Überlebende vor Augen. Gerade bei den Überlebenden, die wir aus der Ukraine evakuiert haben, sind so gut wie keine Personen dabei, die Konzentrationslager überlebt haben. Es sind andere Verfolgungsbiografien der Shoah, die nicht zwingend mit dem Aufenthalt in einem Lager verbunden sind.

Wie viele Shoah-Überlebende wurden bislang gerettet? Sind in den nächsten Wochen weitere Evakuierungen geplant?

Die Zahlen verändern sich täglich, aber aktuell haben wir 78 Personen nach Deutschland gebracht und rechnen auch mit weiteren Evakuierungen. Das Kriegsgeschehen ändert sich allerdings sehr schnell, sodass sich weitere Evakuierungen schwer vorausplanen lassen. Gerade ist es so, dass die Evakuierungsbereitschaft der Überlebenden im Raum Kiew durch den Rückzug der russischen Truppen abgenommen hat. Deswegen fokussieren sich die Evakuierungen jetzt wieder stark auf die Ostukraine, besonders auf Charkiw.

Sind Sie zufrieden bislang?

Unterm Strich ja. Wir haben die Aktion aus einem sofortigen Bedarf heraus initiiert und konnten sie nicht bis ins letzte Detail planen. Daher sind wir auf bestimmte Probleme erst im Laufe der Zeit gestoßen. Beispielsweise wollen viele Überlebende natürlich mit Begleitpersonen evakuiert werden. Das ist alles mehr als verständlich, stellt aber eine zusätzliche Herausforderung dar.

Mit welchen Problemen waren Sie noch konfrontiert?

Es gab Evakuierungen, wo sich der gesundheitliche Zustand von Überlebenden auf dem Weg sehr verschlechtert hat. Wir hatten auch eine Situation in Berlin, in der ein Überlebender zehn Tage nach seiner Ankunft in Deutschland gestorben ist. Zu dem extrem hohen Alter und Vorerkrankungen kamen da noch die enormen Strapazen der Evakuierungen hinzu. Diese

Einzelchicksale brennen sich ein und bewegen mich sehr.

Was ist mit Blick auf die Initiative des Hilfsnetzwerks ihr Wunsch für die kommenden Monate?

Mein Wunsch ist, dass wir den Pragmatismus der letzten Wochen nicht verlieren. In Deutschland neigen wir zu überbürokratisierten und komplizierten Verfahren. Wenn man gezwungen ist, schnell zu agieren, finden sich oft einfache Lösungen. Diesen Pragmatismus sollten wir beibehalten.

Ansprechpartner:innen

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

Über 3.250 Veranstaltungen, 500 Partnerorganisationen, 200 Orte, ein Ziel: zusammenschließen und gemeinsam Antisemitismus die Stirn bieten! Seit 2003 finden die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus im gesamten Bundesgebiet statt, seit 2016 in Kooperation der Amadeu Antonio Stiftung mit dem Anne Frank Zentrum.

Die Aktionswochen arbeiten mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammen, die sich kritisch mit unterschiedlichen Formen des Antisemitismus beschäftigen: von kleinen Jugendinitiativen und Heimatmuseen bis zu Gedenkstätten und Museen. Bei ihren Angeboten von Podiumsdiskussionen bis hin zu Projektionen antisemitischer Vorfälle stehen die Aktionswochen den Initiativen finanziell und organisatorisch zur Seite und erzeugen eine dringend erforderliche Sichtbarkeit. Diese erreichen sie vor allem mit einer bundesweiten Kampagne, die jedes Jahr zwischen dem 9. Oktober und dem 9. November auf die Gefahr des Antisemitismus aufmerksam macht. Das Jahr über gibt das Team Workshops, hält Vorträge und entwickelt Materialien, in denen sie über Antisemitismus und Strategien zu seiner Bekämpfung informieren.

Mehr Informationen unter:
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/aktionswochen-gegen-antisemitismus>

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)

Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) vertritt als Dachorganisation im Bereich der jüdischen Sozialarbeit die jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland. Nach der Gründung im Jahr 1917 wurde sie unter der Nazi-Herrschaft im Jahr 1939 zwangsaufgelöst, doch konnte sie ihre Arbeit 1951 wiederaufnehmen.

Die ZWST legt den Fokus ihrer Arbeit auf das Empowerment und die Teilhaben marginalisierter Gruppen innerhalb der jüdischen Gemeinde. Dabei deckt die ZWST ein breites Spektrum an Handlungsfeldern ab, unter anderem die Förderung von Teilhabe und Inklusion, den Ausbau von Vernetzung, Humanitäre Hilfe

sowie Politische Bildung und Forschung.

Mehr Informationen unter:
[Startseite](#) | [Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. \(zwst.org\)](#)

Kompetenznetzwerk Antisemitismus

Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus ist ein Zusammenschluss von fünf Institutionen, die über eine langjährige Erfahrung im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Beratung sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle verfügen: das Anne Frank Zentrum, die Bildungsstätte Anne Frank, der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST und die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e.V.

Ziel des Netzwerks ist es, durch Zusammenarbeit und Wissenstransfer die Angebote im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Beratung sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle zu bündeln und weiterzuentwickeln. Die Netzwerkpartner stellen ihre Expertise für die Bereiche (schulische) Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Verfügung. Der Zusammenschluss wird durch das Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Koordination des Kompetenznetzwerks Antisemitismus liegt beim Anne Frank Zentrum.

Mehr Informationen unter:
<https://kompetenznetzwerk-antisemitismus.de>

Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention

Zum seit Januar 2020 bestehenden Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention (KompRex) gehören die Organisationen Amadeu Antonio Stiftung, Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus, Cultures Interactive e.V., Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V. und die Lidice Haus Jugendbildungsstätte. Das Netzwerk reagiert auf aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus, entwickelt bundesweite Präventionsangebote weiter, bündelt Wissen und Erfahrung und qualifiziert und vernetzt Projektpartner:innen. Es

wird durch das Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert und von der Amadeu Antonio Stiftung koordiniert.

Mehr Informationen unter:

☞ <https://kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de>

Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Der Bundesverband Mobile Beratung e.V. agiert als Interessensvertretung seiner Mitglieder, die bundesweit eine Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus anbieten. Der Aufgabenbereich des Verbands umfasst die Vernetzung mobiler Beratungsteams, Organisation von Fachtagungen, Teilnahme an gesellschaftlichen Debatten sowie die Beratung von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Mehr Informationen unter:

☞ <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de>

OFEK e.V.

OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Diskriminierung und Gewalt ist eine Beratungs- und Interventionsstelle. OFEK unterstützt bundesweit Betroffene und ihr soziales Umfeld sowie pädagogische und soziale Einrichtungen im Umgang mit Antisemitismus und Diskriminierung.

Mehr Informationen unter:

☞ <http://ofek-beratung.de>

RIAS e.V.

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus ist eine zivilgesellschaftliche Monitoringeinrichtung für antisemitische Handlungen in Berlin, insbesondere auch von Fällen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle. Ziel ist es, mit einheitlichen Kategorien eine Vergleichbarkeit bundesweiter Daten zu schaffen und so das Dunkelfeld besser auszuleuchten. Die so gewonnenen Erkenntnisse können das polizeiliche Lagebild ergänzen und helfen, ein möglichst realitätsnahes Bild der Entwicklung von Antisemitismus in Deutschland zu erhalten. Die bundesweit einheitliche Erfassung der gemeldeten Fälle geschieht über das Meldeportal "Report Antisemitism".

Mehr Informationen unter:

☞ <https://report-antisemitism.de>

VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Der VBRG setzt sich dafür ein, dass Opfer rechter Gewalt bundesweit Zugang zu professionellen, unabhängigen, kostenlosen und parteilich in ihrem Sinne arbeitenden Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen erhalten. Derzeit sind 14 unabhängige Beratungsstellen für Betroffene rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt aus 12 Bundesländern im VBRG e.V. zusammengeschlossen.

Mehr Informationen unter:

☞ verband-brg.de

Zentralrat der Juden in Deutschland

Der Zentralrat der Juden in Deutschland vereint unter seinem Dach 23 Landesverbände und 105 jüdische Gemeinden mit rund 97.791 Mitgliedern und vertritt deren politische und gesellschaftliche Interessen. Er ist für die Politik auf Bundes- und Länderebene Ansprechpartner für alle Themen, die die jüdische Gemeinschaft betreffen.

Mehr Informationen unter:

☞ zentralratderjuden.de

Unterstützen Sie praktische Arbeit gegen Antisemitismus!

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert sie bundesweit Initiativen, die sich in Jugendarbeit und Schule, Kunst und Kultur, im Opferschutz oder in kommunalen Netzwerken engagieren. Zu den über 1.900 bisher geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

1. das Analyse-Papier „*Wie deutsche Rechtsextreme den Ukraine-Krieg nutzen*“ der Stiftungsprojekte *de:hate* und „*debunk – verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegentreten*“
2. das Projekt des *KOL – Jüdische Musik beleben und erleben e.V.*, in dem geflüchtete und nicht-geflüchtete Brandenburger Jugendliche Werke und Biografien jüdischer geflüchteter Komponist*innen kennenlernen
3. die Ausstellung des *Land und Leute e.V.* zur Geschichte des Antisemitismus und Biografien jüdischer Bürger*innen in den Strandbädern Usedom, Mecklenburg-Vorpommern

Wo die Amadeu Antonio Stiftung neue Themen oder Handlungslücken sieht, wird sie selbst aktiv und erprobt neue Ansätze zur Unterstützung von Fachkräften und regionalen Netzwerken. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf den Transfer zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er Schwarz war. Er war eines der ersten von heute mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Der Stiftung folgen

[AmadeuAntonioStiftung](#)

[AmadeuAntonio](#)

[amadeuantoniofoundation](#)

[amadeuantoniofoundation](#)

[AmadeuAntonioStiftung](#)

[amadeu-antonio-stiftung](#)

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.